



Darmstadt, 27. September 2003

Pressemitteilung

Interkulturelle Woche: „Auftakt zu Dialogen mit Muslimen“

Anlässlich der heute beginnenden Interkulturellen Woche/Woche der ausländischen Mitbürger hat der Vorsitzende des Interkulturellen Rates in Deutschland, Jürgen Micksch, dazu aufgerufen, einen breiten gesellschaftlichen Dialog über die Bedeutung der Religion im Prozess der Integration zu beginnen. Die sofort nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Kopftuch-Streit erfolgten Ankündigungen einiger Kultusminister der Länder, ohne Verzug Gesetze auf den Weg zu bringen, die das Tragen des Kopftuchs im Unterricht verbieten sollen, seien nicht hinnehmbar.

„Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil ausdrücklich festgestellt, dass wir über die faktische Dimension des Problems, nämlich über die Bedeutung und den auf die Trägerin und auf die Außenwelt wirkenden Symbolgehalt des Kopftuchs noch nicht genug wissen. Wer glaubt, diese Fragen im gesetzgeberischen Schnellschuss beantworten zu können, wird der Relevanz der Thematik nicht gerecht“, so Micksch.

Notwendig sei statt dessen ein intensiver und umfassender gesellschaftlicher Dialog, der mit dem Ziel geführt werden müsse, Muslimen in Deutschland ein gleichberechtigtes Zusammenleben mit der Mehrheitsgesellschaft zu ermöglichen. Die Interkulturelle Woche/Woche der ausländischen Mitbürger und der Tag der offenen Moschee am 3. Oktober können dazu beitragen, die bestehenden Kommunikationsbarrieren mit der muslimischen Bevölkerung und ihren Einrichtungen zu überwinden. Die vom Interkulturellen Rat auf Bundesebene und in Nordrhein-Westfalen initiierten Islamforen zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen seien für den notwendigen offenen und kritischen Austausch hilfreich.

„Wer sich der Fragestellung der Relevanz der Religionen im Prozess der Integration intensiv annimmt, wird sehr schnell feststellen, dass sich mehr dahinter verbirgt als die Frage, ob es einer muslimischen Lehrerin gestattet sein soll, im Unterricht ein Kopftuch zu tragen. Seit Jahrzehnten bemühen sich muslimische Organisationen in den Bundesländern ohne allzu großen Erfolg darum, endlich ein Recht auf deutschsprachigen islamischen Religionsunterricht in den Schulen durchzusetzen. Die hierzu notwendigen Entscheidungen werden von den Kultusministerien schon seit Jahren auf die lange Bank geschoben. Dabei haben sich der Bundeskanzler und die Ministerpräsidenten der Länder bereits darauf verständigt, islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache einzuführen.“

Micksch plädierte dafür, die Religion endlich als einen die Integration begünstigenden Faktor zu begreifen. Wer die einfache Tatsache ignoriere, dass die religiöse Identität von Migrantinnen und Migranten in Deutschland ein wichtiger Faktor sei, werde dauerhaft zur Segregation und zur Entstehung von

Parallelstrukturen in unserer Gesellschaft beitragen, woran niemand ein Interesse haben könne.